

In der Abschlussdiskussion wurde klar, dass dieser Workshop für die Beteiligten eine Erweiterung des eigenen Horizonts in zwei Dimensionen geboten hatte. Da wir alle irgendwo einen regionalen Schwerpunkt haben, konnten wir unser fragmentarisches Wissen über andere Regionen ergänzen oder korrigieren lassen, was eine Relativierung und Historisierung von vermeintlich landesspezifischen Migrationsmustern ermöglichte. Durch die gleichzeitige Betrachtung der Probleme und des Umgangs damit sowohl in Ausgangs- und Zielländern der Migration, wurden auch der thematische Rahmen erweitert und Interdependenzen deutlich gemacht. Der Workshop, der übrigens durch einen beinahe 120 Seiten starken Reader ergänzt wurde, war somit ein ambitioniertes und erfolgreiches Projekt Themen und Menschen aus interdependenten, aber in der Praxis viel zu oft isolierten Bereichen zusammenzubringen.

Daniel Kremers

Deutschlands Verantwortung am Hindukusch. Herausforderungen, Strategien und Ziele des deutschen Engagements in Afghanistan

Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 22. Sept. 2010

Am 22. September fand in Berlin die diesjährige Afghanistan-Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) statt. Unter dem Titel „Deutschlands Verantwortung am Hindukusch“ diskutierten Fachleute aus Politik, Bundeswehr und Wissenschaft die Herausforderungen, Strategien und Ziele des deutschen Engagements in Afghanistan. Aktueller Anlass der Konferenz waren die Parlamentswahlen in Afghanistan, die am 18. September 2010 zum zweiten Mal seit dem Sturz des Taliban-Regimes stattfanden.

Auf die 249 Sitze im Unterhaus (Wolesi Dschirga) bewarben sich 2.556 Kandidaten. Parteien standen nicht zur Wahl. Ein offizielles Endergebnis durch die unabhängige Wahlkommission wird nicht vor Ende Oktober erwartet, da zunächst die Wahlbeschwerdekommission über 3.000 Wahlbetrugsvorwürfen nachgehen muss. Die Wahlen waren überschattet von Gewalt und Anschlägen. Insgesamt kamen laut der afghanischen Regierung bis zu 46 Menschen ums Leben.

Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, zeigte sich zufrieden mit den Wahlen, weil „das drohende Fanal der Taliban nicht stattgefunden hat“. Dass trotz der schwierigen Sicherheitslage 40 Prozent aller Wähler ihre Stimme abgegeben hätten, mache ihn zuversichtlich und belege die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der KAS zur Einstellung der Afghanen zur Demokratie.

Vielleicht sind die Wahlen ja tatsächlich ein Wendepunkt für Afghanistan, einem Land, das immer noch unter vielschichtigen enormen Problemen leidet. Schmidt beklagte das Fehlen staatlicher Strukturen genauso wie die Existenz von Parallelgesellschaften, Korruption und Drogenhandel. Erschwerend käme hinzu, dass die

Regierungsarbeit nach wie vor ineffizient sei. Außerdem beschleiche ihn nach der Flutkatastrophe in Pakistan „das komische Gefühl“, dass die Gefahr einer möglichen politischen Instabilität dort noch nicht ausgestanden sei – mit Folgen auch für Afghanistan.

Es gelte nun, schnell messbare Erfolge in Afghanistan zu erzielen. Zum einen weil sich die Bevölkerung nach Stabilität, kultureller Entfaltung und Wohlfahrt sehne. Sie tendiere zu denen, die ihnen all das versprechen würden, und seien es eben die Taliban. Hier müsse gegengesteuert werden, indem man illegale Strukturen austrockne. Zum anderen muss der Bundestag im Februar 2011 über eine Mandatsverlängerung der Bundeswehr entscheiden. Schmidt sagte: „Wenn unsere Maßnahmen bis dann keine Wirkung zeigen, dürfte es schwierig werden, eine breite Unterstützung zu erhalten.“ Trotzdem wehrte sich Schmidt gegen unnötigen Zeitdruck: „Das Verteidigungsministerium verfolgt keinen Terminkalender orientierten, sondern einen erfolgsorientierten Ansatz.“

Auch die Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion äußerten sich ähnlich wie Schmidt. Für Dr. Philipp Ackermann, Leiter des Arbeitsstabs Afghanistan/Pakistan im Auswärtigen Amt, waren die Wahlen die „professionellsten“, die es in dem Land in der jüngeren Geschichte gegeben hat. Insbesondere wies er darauf hin, dass die einheimische Presse in Afghanistan – im Gegensatz zur internationalen Berichterstattung – ein durchaus positives Fazit der Wahlen gezogen habe.

Dennoch sprach auch er von Fehlern, die gemacht worden seien, relativierte aber gleichzeitig: „Afghanistan ist ein ‚First‘.“ Niemals zuvor habe die internationale Staatengemeinschaft vor einer vergleichbaren Situation gestanden, daher müsse man sich selbst auch das Recht auf Lernprozesse bei dieser schwierigen Mission zugestehen.

Er wies darauf hin, dass eine Betrachtung der gegenwärtigen Lage in Afghanistan differenziert ausfallen müsse. Empfehlenswert sei es, zwischen drei thematischen Blöcken zu unterscheiden: dem Bereich der Sicherheit, dem der Entwicklungszusammenarbeit und dem der Guten Regierungsführung. Während sich auf dem Feld der Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte zeigten und auch deutliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen sei, müsse man eingestehen, dass sich die Sicherheitslage im Land insbesondere in den vergangenen Monaten signifikant verschlechtert habe. Weder zum Positiven, noch zum Negativen verändert habe sich dagegen die Situation mit Blick auf Gute Regierungsführung. Da es aber das Ziel des deutschen Engagements in Afghanistan sei, stabile und berechenbare Regierungsinstitutionen in Afghanistan zu verankern, müsse der Fokus viel stärker als bislang geschehen auf die politische Ebene gelenkt werden. Statebuilding sei hierbei auf nationaler Ebene das Schlüsselwort. Die Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft schätzte Dr. Ackermann allerdings auch als begrenzt ein. Dies bezog sich v.a. auf die Frage, wie sich das Verhältnis der afghanischen Regierung zu den Taliban in Zukunft gestalten solle. Dr. Ackermann unterstrich hierbei,

dass dies die Entscheidung der afghanischen Regierung sei, die von der internationalen Gemeinschaft lediglich begleitet, nicht jedoch diktiert werden könne.

Christiane Hieronymus, Leiterin des Afghanistan/Pakistan-Referats im BMZ, wies ebenfalls auf die zentralen Fortschritte hin, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erreicht worden seien. Aufgrund der erodierenden Sicherheitslage fokussiere sich die deutsche und internationale Berichterstattung aber auf militärische Aspekte des internationalen Engagements und vernachlässige daher Bereiche, in denen positive Entwicklungen zu erkennen seien, wie bspw. die sinkende Mütter- und Säuglingssterblichkeit oder das steigende Wirtschaftswachstum.

Frau Hieronymus stimmte mit Dr. Ackermann überein, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht, diese aber mittlerweile korrigiert worden seien. Umsteuerung sei v.a. hinsichtlich des Umfangs des deutschen Engagements erfolgt, wo eine massive Aufstockung der Mittel stattgefunden habe. Darüber hinaus konzentriere man sich nun ganz gezielt auf die fünf nordöstlichen Provinzen, in denen auch die übrigen deutschen Ressourcen – militärische, aber auch diplomatische – vorwiegend gebunden seien.

Als ein zentrales Hindernis im Entwicklungsprozess Afghanistans identifizierte Frau Hieronymus den „brain drain“, der aus Afghanistan in westliche Länder, wie Deutschland oder v.a. die USA erfolge. Da die breite Mehrheit der Intelligentsia das Land verlassen habe, stehe Afghanistan vor der Herausforderung, auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene in den staatlichen Strukturen v.a. den administrativen Unterbau mit gut ausgebildeten Personen zu besetzen.

Der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kabul, Babak Khalatbari, wiederum sagte, dass Afghanistan ohne eine Einbindung der Nachbarn nicht befriedet werden könne. Insbesondere Pakistan und der Iran müssten beginnen, ihre eigenen Interessen zurückzustellen. Die Wahlen können aus seiner Sicht noch nicht bewertet werden: „Wir wissen noch nicht einmal genau, wie viele Menschen in Afghanistan leben, wie wollen wir dann eine verlässliche Aussage zur Beteiligung machen.“

Der zweite Teil der Afghanistan-Konferenz wurde von Ernst-Reinhard Beck, dem Verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, eröffnet. Zunächst schilderte Beck Anfangsfehler des Afghanistan-Einsatzes, insbesondere die Darstellung des Einsatzes als „humanitäre Intervention“ und die damit verbundene Auffassung, der ISAF-Einsatz (Aufbau) sei klar von der OEF zu trennen (Terrorbekämpfung). Beck beschrieb, wie sich der Einsatz nach Angriffen auf deutsche Soldaten zunehmend militärisch entwickelte, während der Schutz der Zivilbevölkerung in den Hintergrund trat.

Beck warf die Frage nach der nötigen Truppenstärke auf, um eroberte Regionen zu halten und den Schutz der afghanischen Bevölkerung zu garantieren. Weiterhin betonte er, dass es sowohl auf der Seite der afghanischen, als auch der deutschen Bevölkerung Erwartungen bezüglich einer Exit-Strategie gebe. Auch wenn die Bundesregierung die Festlegung auf einen konkreten Termin meidet, führe die Unzu-

friedenheit in der Bevölkerung dazu, dass das Jahr 2014 als Datum für einen Abzug aus Afghanistan im Raum stehe. Beck gab allerdings zu bedenken, dass der westlichen Ungeduld die Ausdauer der Taliban gegenüber steht: „Wir haben Uhren, die Taliban haben Zeit.“

General Frank Leidenberger betonte, dass im Norden Afghanistans circa 95% der Bevölkerung in relativem Frieden leben. In den Krisenregionen allerdings stellten nicht nur die Taliban, sondern diverse verbrecherische Akteure eine Bedrohung dar. Dauerhaft könne es hier weder eine militärische Lösung, noch Schutz durch die internationale Gemeinschaft geben. Die entscheidende Frage sei daher, ob es gelinge, die Lebensperspektiven junger afghanischer Männer zu verbessern und sie beispielsweise zu Sicherheitskräften auszubilden. Die internationale Gemeinschaft müsse Afghanistan auch beim Aufbau staatlicher Strukturen und good governance helfen. Leidenberger fasste das Ganze abschließend in drei Punkten zusammen: Schutz der Bevölkerung, ziviler Aufbau, Reduzierung negativer Einflüsse (bad governance).

Danach sprach Professor Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München. Masala identifizierte drei Problemfelder des Afghanistan-Einsatzes: Erstens werde der Afghanistan-Einsatz derzeit an der Heimatfront verloren, da der deutschen Bevölkerung die militärische Notwendigkeit dieses Einsatzes trotz Klarheit in der politischen Sprache nicht zu vermitteln sei. Zweitens müsse sich eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung auf die Rückzugsgebiete und die Nachwuchsgewinnung der Aufständischen fokussieren, da beispielsweise targeted-killings nur dann Erfolg haben könnten, wenn gleichzeitig die Nachwuchsrekrutierung unterbunden werde. Hier nannte Masala Pakistan als Problem, das seiner Meinung nach von der internationalen Gemeinschaft bisher viel zu privilegiert behandelt wurde, obwohl es den Aufständischen Rückzugsmöglichkeiten und Nachwuchsrekrutierung ermöglicht. Drittens habe die afghanische Regierung eine nur minimale Legitimität in der Bevölkerung. Masala beschrieb den Begriff „Taliban“ als problematisch, da es sich bei den Taliban nicht um eine homogene Gruppe, sondern um ein diffuses Anti-ISAF und Anti-Karzai-Konglomerat handle. Um für politische Stabilität in Afghanistan zu sorgen, und einen Rückfall des Landes in die Verhältnisse vor 2001 zu verhindern, müssten die radikalen Elemente der Taliban von den anderen Gruppen getrennt werden.

Auch Abed Nadjib, Gesandter Botschaftsrat der Republik Afghanistan, betonte in seinem emotionalen und mit viel Applaus bedachten Abschlussplädoyer, die Aufständischen seien keine Taliban, sondern Terroristen, die das Tragen des Namens „Taliban“ (talib = der Student) nicht verdient hätten. Weiterhin bat Nadjib Deutschland und die internationale Gemeinschaft, ihre so wichtige Unterstützung zum Aufbau des Landes auch in Zukunft fortzusetzen.